

Home - Städte - Nachrichten aus Wesel, Hamminkeln und Schermbeck - Geschädigte fordern Schiedsstelle

Geschädigte fordern Schiedsstelle

Erwin Kohl

am 24.06.2016 um 19:00 Uhr



Schreck im Polderdorf: Der Fußboden der Budericher St.-Peter-Kirche war plötzlich abgesackt.

Foto: NRZ

Privatleute aus dem Kreis Wesel wollen nicht mehr als Bittsteller gegenüber dem Salzbergwerksbetreiber auftreten und sich nicht länger mit Ausreden abspeisen lassen.

Wesel. 800 Menschen zwischen Xanten, Büderich und Rheinberg sind bereits der im Januar gegründeten Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW beigetreten. Menschen, denen buchstäblich der Boden unter den Füßen wegbricht. Gut sechs Meter sind Straßen, Felder und Häuser seit 1987 gesunken, jährlich kommen vier bis sechs Zentimeter hinzu. Längst beklagen nicht allein Hausbesitzer Schäden an ihren Immobilien: Am 7. Mai kam es zu einem 15 Meter langen Riss im Fußboden der Büdericher St.-Peter-Kirche, der die Bodenfliesen wie ein Kartenhaus aufrichtete. Eine Regulierung durch den Verursacher scheint zumeist aussichtslos. „Vor allem Privatleute können die immensen Prozess- und Gutachterkosten nicht stemmen, zumal der Ausgang ungewiss ist. In der Gemeinschaft haben wir allerdings viel größere Chancen“, erklärt Markus Skeidel. Der stellvertretende Vorsitzende kennt die Vorgehensweise und die Ausreden des Salzbergwerksbetreibers Cavity: „Den Eigentümern wird erzählt, dass ihr Haus schlampig gebaut wurde, zu nahe am Rheinbett

stehe oder dass ihre Gartenpumpe den Sand unter dem Haus wegsaugt und so für eine Schiefelage sorgt.“

Jetzt hatte die Bürgerinitiative zu einer Infoveranstaltung ins Gindericher Pfarrheim geladen. Vorsitzender Wilhelm Fischer machte deutlich, worum es geht: „Wir wollen aus der Bittsteller Rolle heraus, fordern eine neutrale Schiedsstelle mit neutralen Gutachtern und Richtern. Wir wollen kein Geschäft machen, sondern unser Recht auf Schadensregulierung wahrnehmen.“

Die jüngsten Starkregen haben die Auswirkungen der Bodensenkungen drastisch vor Augen geführt. Dirk Hetkamp als Vertreter der Stadt sicherte zu: „Wir haben eine Anfrage bezüglich möglicher Prognosen und Maßnahmen an die Stadtwerke gerichtet. Sie können sicher sein, wenn wir ein Regenwasserrückhaltebecken brauchen, bekommen wir das auch.“

Kernproblem der Hausbesitzer ist es bislang, den Nachweis erbringen zu müssen, dass die Schäden tatsächlich durch den Zechenbetreiber Cavity entstanden sind. Eine Rechtslage, die den Zechen durchaus entgegenkommt. Unter den rund 30 interessierten Bürgern in Ginderich war auch Hanns-Jörg Rohwedder, umweltpolitischer Sprecher der Piraten im Landtag. „Wir fordern schon lange, dass das Bergrecht komplett abgeschafft und durch das Bundesumweltgesetzbuch ersetzt wird.“ Bis dahin wäre die Einrichtung einer Schiedsstelle ein erster wichtiger Schritt. Dieser Schiedsstelle, so sie denn kommt, muss die Cavity aber nicht beitreten. „Um das zu erreichen, muss von allen Seiten größtmöglicher Druck aufgebaut werden. Im Bereich der Steinkohle haben wir gesehen, dass es möglich ist – auch wenn es drei Jahre gedauert hat“, erklärte Bergbau-Vermessungsingenieur Peter Immekus.